

UPDATE

Für Mitglieder der Fachgruppe Entsorgungs- und Ressourcenmanagement

44. Ausgabe
2024



Foto: Mathias Brabetz Photography

Mithilfe einer hybriden Unterrichtsform sollte der Lehrberuf Entsorgungs- und Recyclingfachmann/frau-Abfall attraktiver werden.

Lehre zur Entsorgungsfachkraft muss dringend digitaler werden

Seit Mai 2021 gibt es den neu überarbeiteten Lehrberuf „Entsorgungs- und Recyclingfachkraft“, der den Lehrberuf Entsorgungs- und Recyclingfachmann/frau – Abfall ersetzt. Die Ausbildungsdauer des „neuen“ Lehrberufes beträgt drei Jahre, inklusive 9–11 Wochen in der Berufsschule Linz 3. Um künftig mehr Absolvent:innen anzulocken, fordert der WK-Fachverband Entsorgungs- und Ressourcenmanagement eine hybride Unterrichtsform, also die Einführung eines digitalen Fernunterrichts. Somit müssten die Lehrlinge nicht mehr zehn Wochen nach Linz reisen und könnten den Lehrbetrieben in dieser Zeit erhalten bleiben. Aktuell gibt es 900 potenzielle Ausbildungsbetriebe in Österreich.

Digitaler Lehrunterricht wird gefordert

Momentan müssen die Auszubildenden geblockt zwischen neun und elf Wochen in der Berufsschule Linz 3 ihren theoretischen Teil absolvieren. Für Harald Höpferger, WK-Fachverbandsobmann Entsorgungs- und Ressourcenmanagement, stellt dies eine große Eintrittshürde dar: „Die Coronazeit hat bewiesen, dass ein digitaler Unterricht funktioniert. Die technische Ausstattung der Schule ist gegeben. Es bräuchte lediglich eine Gesetzesände-

rung seitens des Bundes.“ Eine verkürzte Anwesenheitszeit an der Berufsschule Linz 3 würde den Lehrberuf attraktiver gestalten. „Mit einem digitalen Unterricht könnte der Aufenthalt mindestens auf drei bis vier Wochen verkürzt werden. Nur die praktischen Lehreinheiten im Labor müssen vor Ort abgehalten werden. Wir erhielten positive Signale von der Berufsschule“, informiert Höpferger. Für die Implementierung digitaler Lehreinheiten benötigt es eine Gesetzesänderung. Deshalb fordert der WK-Fachverband eine Prüfung dieses Vorhabens seitens der zuständigen Bundesministerien.

Abfallbeauftragte ab 100 Mitarbeiter: innen Pflicht

Das Berufsbild der „Entsorgungs- und Recyclingfachkraft“ wird auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Firmen ab 100 Mitarbeiter:innen sind dazu verpflichtet, eine(n) Abfallbeauftragte(n) zu bestellen. Die Ausbildungsinhalte des Abfallbeauftragten werden im Rahmen des neuen Lehrberufes vermittelt. Teil der Lehrlingsausbildung ist es auch, den chemischen, biologischen und thermischen Umgang mit Abfällen zu erlernen, Entsorgungspläne zu entwickeln, aber auch die ordentliche Handhabung gefährlicher Abfälle sicherzustellen.



Foto: DAKA

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Tiroler Mitgliedsbetriebe (845 Mitgliedsbetriebe) zeichnen sich durch einen breiten Dienstleistungsmix und hohe Innovationskraft aus. Der Großteil der Betriebe sind eigentümergeführt und weisen eine lange Tradition auf. Abfallentsorgung, Recyclingprozesse und viele weitere Dienstleistungen funktionieren täglich einwandfrei. Aufgrund eines stark ausgeprägten Innovationsgeistes steigt auch die öffentliche Wertschätzung unserer Branche. Gesetzlichen Änderungen, die im Sinne des Umweltschutzes sind, begegnen wir offen und konstruktiv, allerdings nur, wenn diese praxistauglich sind. Auf die verordneten Abfalltransporte via Bahn trifft dies nicht zu. Deshalb werden wir auch weiterhin mit aller Kraft das zuständige Bundesministerium auf die fehlenden Schienen-Kapazitäten und die daraus entstehenden Wettbewerbsnachteile für unsere Mitglieder hinweisen.

Abfalltransporte via Bahn

Die Tiroler Mitgliedsbetriebe sind von den verordneten Abfalltransporten via Bahn besonders betroffen. Die meisten Abfalltransporte aus Tirol gehen in den Osten Österreichs, wo sich die großen Verwertungsanlagen befinden. Um auf die praktischen Umsetzungsprobleme (Stichwort: Verlademöglichkeiten) hinzuweisen, haben wir gemeinsam mit dem Land Tirol eine Studie in Auftrag gegeben.

Studie: Qualitative Erhebung zu den „Herausforderungen in der Verlagerung auf die Schiene“

Die qualitative Erhebung mit dem Titel „Herausforderungen in der Verlagerung auf die Schiene“ widmet sich den Hindernissen, die Tiroler Entsorgungsbetriebe davon abhalten, vermehrt die Schiene für ihre Transportbedürfnisse zu nutzen.

Im Fokus stehen dabei Maßnahmen, die dazu beitragen könnten, den Anteil des Schienenverkehrs zu steigern. Hierfür sollen vorrangig Abfallentsorger mittels qualitativer Interviews befragt werden, um die Hemmnisse im Detail zu erfassen. Das Ziel der Studie besteht darin, die spezifische Situation zu analysieren, Problembereiche zu identifizieren und in Zusammenarbeit mit dem Land Tirol praxisorientierte Lösungsansätze zu entwickeln. Durch die Implementierung gemeinsamer Lösungen sollen die Mitgliedsbetriebe bestmöglich unterstützt und Wettbewerbsnachteile minimiert werden.

Wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit und freuen uns schon auf unser nächstes Treffen!

WK Fachgruppenobmann Mag. Matthias Zitterbart

IFAT Munich 2024 - Weltleitmesse für Umwelttechnologien: Treffpunkt der Innovationen und Experten

Vom 13. bis zum 17. Mai wird München erneut zum zentralen Treffpunkt für Experten der Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, wenn die IFAT 2024, die weltweit führende Messe für Umwelttechnologien, ihre Türen öffnet. Diese international renommierte Leitmesse bietet eine einzigartige Plattform für Innovationen, Networking und fachlichen Austausch.

Mit einer Ausstellungsfläche von über 200.000 Quadratmetern und mehr als 3.000 Ausstellern aus aller Welt präsentiert die IFAT 2024 den Besuchern eine herausragende Gelegenheit, die neuesten Trends und Technologien der Branche zu entdecken. Von innovativen Abwasserreinigungssystemen über energieeffiziente Recyclinganlagen bis hin zu Konzepten für nachhaltige Ressourcennutzung - hier findet man alles, was Fachexperten begeistert.

Auch die Fachgruppe Entsorgungs- und Ressourcenmanagement Tirol wird wieder mit einem eigenen Stand vertreten sein. Besucher haben hier die Möglichkeit, direkt mit Branchenexperten in Kontakt zu treten, sich über aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze auszutauschen und wertvolle Kontakte zu knüpfen.

Die IFAT bietet neben der Ausstellung ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Fachvorträgen, Podiumsdiskussionen und Sonderschauen. Themen wie Digitalisierung, Recycling, Klimaresilienz, Kommunaltechnik und die Bedeutung von Trinkwasserressourcen für die Zukunft stehen hier im Fokus. Hochkarätige Referenten und Experten aus aller Welt gewähren Einblicke in neueste Forschungsergebnisse und zukunftsweisende Projekte. Die Teilnahme an der IFAT 2024 ist ein absolutes Muss für Fachleute, um informiert zu bleiben, Kooperationen einzugehen und

die Zukunft dieser Branche aktiv mitzugestalten. Die Fachgruppe Entsorgungs- und Ressourcenmanagement freut sich auf Ihren Besuch in Halle A6 am Stand 422!



Mag. Matthias Zitterbart, WK Fachgruppenobmann Foto: Die Fotografen

SAVE THE DATE: 21. FACHVERBANDSTAG

10. Oktober 2024

im Hotel Arabella Jagdhof Resort am Fuschlsee
Schloss-Strasse 1, 5322 Hof bei Salzburg, Österreich



Foto: Peak Motion

Gutachten bestätigt: V.EFB kann Prüfungen zur Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien durchführen

RED II ist eine Novelle der EU-Erneuerbare-Energie-Richtlinie RED I und hat zum Ziel, den Anteil an erneuerbaren Energien in den Sektoren Strom, Wärme und Transport bis zum Jahr 2030 auf 32 Prozent innerhalb der EU zu erhöhen. Ein Rechtsgutachten von Prof. Daniel Ennöckl prüfte die Vorgaben der RED-II und der EU-MonitoringVO im Hinblick auf den Abfalleinsatz bei Emissionshandelsbetrieben. Unter anderem kommt Prof. Ennöckl im gegenständlichen Gutachten zum Schluss, dass auch mit anderen Systemen wie z.B. dem EFB sichergestellt werden kann, dass keine absichtliche Herstellung von Abfällen stattfindet. Damit besteht auch definitiv die Möglichkeit der Anerkennung des Systems des Verei-

nes der Entsorgungsfachbetriebe (V.EFB) zur Prüfung auf Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien. Dies ist zudem speziell für Abfälle konzipiert und könnte noch um einen Prüfaspekt erweitert werden.

Kompakt zusammengefasst kommt Prof. Ennöckl im gegenständlichen Gutachten zum Schluss, dass

- die BMEN-VO bis auf § 10 Abs. 3 für Emissionshandelsbetriebe nicht gilt und daher auch § 5 Abs. 1 dieser Verordnung (von EU-Kommission anerkanntes Zertifizierungssystem) nicht anwendbar ist;
- die RED-II in Verbindung mit der EU-MonitoringVO ein solches „freiwilliges System“

auch nicht verlangt, sondern als Standard ein unabhängiges Audit vorsieht;

- beim Abfalleinsatz in Bestandsanlagen weder die Treibhausgaseinsparungskriterien noch die Nachhaltigkeitskriterien gelten und daher weder das Erfordernis eines Massenbilanzierungssystems noch eines Audits besteht;
- der Nachweis, dass keine absichtliche Herstellung von Abfällen stattfindet, auch durch andere Systeme wie z.B. dem EFB sichergestellt werden kann.

Mehr Infos unter:

<https://www.wko.at/oe/information-consulting/entsorgungs-ressourcenmanagement/umsetzung-red-ii-richtlinie>

Bahntransporte für Abfälle verstoßen gegen EU- und Verfassungsrecht

Seit 2024 ist ab einer Transportstrecke von 200 km in Österreich grundsätzlich ein verpflichtender Transport von Abfällen über zehn Tonnen auf der Schiene vorgeschrieben. 2026 soll diese Grenze auf 100 km fallen. Der Fachverband Entsorgungs- und Ressourcenmanagement sieht diese Vorgaben sowohl aus rechtlicher als auch umweltpolitischer Sicht sehr kritisch. Die Bedenken werden durch ein Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei DORDA untermauert.

Für Fachverbandsobmann Harald Höpperger ist diese Lösung nicht praxis-

tauglich. Zudem spricht die Regelung absolut gegen die von der EU geplante Erleichterung von Abfalltransporten innerhalb der EU zur Stärkung der Recyclingprozesse. Der Fachverband hat schon seit Bekanntwerden auf die Rechtswidrigkeit hingewiesen. Der Wiener Rechtsanwalt Bernhard Müller untermauert die Kritik der Wirtschaftskammer Österreich mit seinem Gutachten. Dieses bringt unter anderem das Argument der CO₂ Ersparnis seitens des Bundesministeriums stark ins Wanken. „Das Ergebnis bestätigt, dass die Auswirkungen für den Umweltschutz marginal sind. Aus meiner

Sicht lässt sich der massive rechtliche Eingriff nicht rechtfertigen. Die zwangsweise Verlagerung der Abfalltransporte stärkt den Klimaschutz nicht bzw. nur sehr wenig. Bei der Analyse des zuständigen Ministeriums wurden weder die Anlieferung zum noch die Abholung vom Bahnhof und die dazugehörigen Leerfahrten berücksichtigt, wodurch gerade bei kurzen Bahntransporten (100 km) eine massive Verschlechterung der Einsparung der Fall ist“, hebt Müller hervor. Außerdem gibt es laut Einschätzung des Rechtsanwaltes klare EU- und Verfassungsrechtsbrüche.

Ministerium sollte Vorhaben nochmal prüfen

Harald Höpperger fordert das Umweltministerium auf, das Vorhaben nochmals auf Rechtmäßigkeit und Praxistauglichkeit zu prüfen. „Bleibt die Regelung unverändert in Kraft, drohen den österreichischen Entsorgungsbetrieben Wettbewerbsnachteile. Die Konsequenz wäre, dass wertvolle Ressourcen nicht mehr im Land bleiben, sondern den kürzeren Weg Richtung angrenzender Länder nehmen.“



Die Abfalltransporte via Bahn waren bei jeder Fachverbandsausschusssitzung ein zentrales Thema. Foto: Schatz



Fachverbandsobmann Harald Höpperger im Interview.

Foto: ASK

Kommerzialrat Harald Höpperger ist seit 3. Dezember 2020 Obmann des WK-Fachverbandes Entsorgungs- und Ressourcenmanagement. UPDATE traf den Unternehmer zum Kurzinterview.

Der Fachverband Entsorgungs- und Ressourcenmanagement vertritt über 7.500 Mitglieder und steht vor vielfältigen Herausforderungen. Welche Themen haben in den vergangenen Jahren die Agenda Ihrer Branche bestimmt?

HH: „Die tägliche aktive Vertretung unserer Brancheninteressen gestaltet sich herausfordernd. Es ist schwierig, spezifische Themen hervorzuheben, aber im Mittelpunkt unserer Arbeit standen definitiv die Etablierung des neuen Lehrberufs ‚Recyclingfachkraft‘, Anpassungen der Verpackungsverordnung für gewerbliche Abfälle und die neu festgelegten Vorschriften für Abfalltransporte per Bahn. Wir haben auch zahlreiche Gesetze begutachtet, Veranstaltungen für Mitglieder organisiert und unsere Öffentlichkeitsarbeit gestärkt.“

Ein Blick in die Zukunft: Welche Herausforderungen erwarten Sie ab 2024?

HH: „Im Jahr 2025 wird das Pfandsystem für Einwegverpackungen aus Kunststoff oder Metall eingeführt und die Sammlung von Kunststoff- und Metallverpackungen zusammengeführt. Die Vorbereitungen für diese Umstellungen laufen auf Hochtouren. Zudem wird die Pflicht für den Abfalltransport via Bahn verschärft. Ab diesem Jahr müssen alle Transporte über 200 Kilometer zwingend auf die Schiene verlegt werden. Ab 1.1.2026 soll diese Grenze sogar auf 100 Kilometer sinken, was in der Praxis kaum umsetzbar ist. Es fehlen schlichtweg die Kapazitäten, und nicht alle Bahnhöfe bieten geeignete Umlademöglichkeiten. Dadurch werden unsere Mitglieder zusätzliche Wege in Kauf nehmen müssen. Die Gefahr, dass Wertstoffe ins Ausland abwandern und unsere Kreislaufwirtschaft geschwächt wird, steigt.“

Wie begegnet die Entsorgungswirtschaft dem Fachkräftemangel?

HH: „Wir werden verstärkt die Einzigartigkeit und Sinnhaftigkeit unserer Berufsbilder kommunizieren. Die Entsorgungswirtschaft bietet wahre Green Jobs im Umweltschutz, ist krisenresistent und regional verankert. Unser neuer Lehrberuf umfasst eine breit-

gefächerte Ausbildung in einem spannenden Arbeitsumfeld. Das Image unserer Branche hat sich bereits positiv entwickelt. Wir werden weiter daran arbeiten, damit die Wertschätzung der Entsorgungsbranche in Österreich kontinuierlich steigt.“

Was erwarten Sie von der Politik in Österreich?

HH: „Es bedarf eines Comebacks des Hausverstandes und der Eigenverantwortung in unserem Land. Unternehmer:innen sollten unterstützt, nicht behindert werden. Unsere Mitgliedsbetriebe investieren derzeit mehr Zeit in statistische Abfallbilanzen als in die Finanzbuchhaltung. Zeitaufwändige Erfassungen im EDM-Portal, aufwendige Begleitscheinsysteme oder Notifizierungen für Auslandsfahrten binden einen Großteil unserer Mitarbeiter:innen. Dieser bürokratische Aufwand muss reduziert werden, um eine stabile und erfolgreiche Unternehmerlandschaft zu gewährleisten. Ich appelliere an alle Gesetzgeber in Österreich und Europa, diese Erfolgsformel zu beherzigen: weniger Bürokratisierung + mehr Hausverstand + mehr Eigenverantwortung = eine stabile und erfolgreiche Unternehmerlandschaft.“

Erfolge bei der jüngsten UVP-G-Novelle und bei der Novellierung der AEV Abfallbehandlung

Der Fachverband Entsorgungs- und Ressourcenmanagement konnte wichtige Anliegen bei der Novellierung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000 (kurz UVP-G) und bei der Novellierung der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Abfallbehandlung (kurz AEV Abfallbehandlung) durchsetzen.

UVP-G-Novelle:

Die UVP-G-Novelle wurde im BGBl. I Nr. 26/2023 kundgemacht. Im Begutachtungsentwurf war vorgesehen, dass das Genehmigungskriterium „Inanspruchnahme von neuen Flächen und Böden“ eingeführt wird. Diese unbestimmte Formulierung wurde vom Fachverband abgelehnt. Es konnte erreicht werden, dass dieses Genehmigungskriterium keinen Eingang in die Novelle fand. Es ist nur noch vorgesehen, dass die Umwelterklärung ein Bodenschutzkonzept enthalten muss. Ebenfalls sah der Begutachtungsentwurf vor, dass das unbestimmte Genehmigungskriterium „Treibhausgasemissionen“ eingeführt wird. Es konnte hier erreicht werden, dass anstelle dieses Kriteriums eine Auflistung der konkreten Treibhausgase, die nach dem Stand der Technik zu begrenzen sind, aufgenommen wurde.

Der Fachverband sprach sich ferner auch gegen die Aufnahme der Einbeziehung von Aufbereitungsanlagen für Bodenaushub ab 200.000 t/a in Anhang 1 Ziffer 2 lit. e aus. Es konnte zwar nicht die Einbeziehung selbst verhindert werden, jedoch enthält der Gesetzestext nun Ausnahmen von der Einbeziehung für derartige Anlagen, wenn sie ausschließlich eine stoffliche Verwertung oder eine mechanische Sortierung durchführen.

Novellierung der AEV Abfallbehandlung:

Die Novelle zur AEV Abfallbehandlung wurde im BGBl. II Nr. 241/2023 kundgemacht. Dem Fachverband Entsorgungs- und Ressourcenmanagement ist es in Kooperation mit dem VOEB im Vorfeld des Begutachtungsverfahrens gelungen, dass

in den Anlagen A bis D, in denen die Emissionsbegrenzungen geregelt sind, eine Unterscheidung zwischen den Industrieemissionsanlagen (IE-Anlagen) und den Nicht-Industrieemissionsanlagen (Nicht-IE-Anlagen) getroffen wurde. Das bedeutet, dass es sowohl eigene Grenzwerte für die „kleinen“ Nicht-IE-Anlagen als auch für die IE-Anlagen gibt. In den ersten Vorentwürfen der gegenständlichen Novelle wurde keine Unterscheidung zwischen IE-Anlagen und Nicht-IE-Anlagen getroffen. Auch die kleinen Nicht-IE-Anlagen hätten die ambitionierten Grenzwerte der „großen“ IE-Anlagen einhalten müssen. Dies konnte verhindert werden. Im Begutachtungsentwurf wurde ferner in der Anlage B beim Parameter „Gesamter gebundener Stickstoff“ bei der Direkteinleitung ein Grenzwert festgelegt, der in dem Vorentwurf nicht enthalten war. Der Fachverband Entsorgungs- und Ressourcenmanagement hat sich in Kooperation mit dem VOEB dafür eingesetzt, dass dieser Grenzwert wieder gestrichen wird. Dies ist gelungen.

Weitere Infos:
<https://update.dieabfallwirtschaft.at>

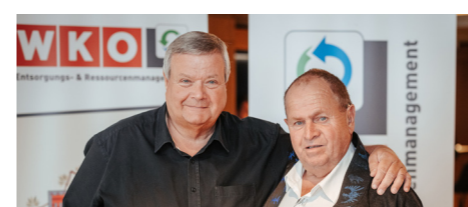
Erfolgreiche Fachverbandstage

Brisante Themen diskutierten die führenden Entsorgungsunternehmen Österreichs sowohl 2022 als auch 2023 beim jährlichen Wirtschaftskammer-Fachverbandstag. Höhepunkte des jährlichen Branchentreffs waren die Vorträge von Maïke von den Boom über den skandinavischen „way of work“ (2022) in der Steiermark bzw. die spannenden Ausführungen von Prof. Gerhard Mangott und Extrebergsteiger Peter Habeler (2023) am Achensee in Tirol.



Einblicke 2022.

Bildnachweis: APA Fotoservice Ferlin-Fiedler



Einblicke 2023.

Bildnachweis: Bernhard Stelzl Photography

In Kürze

Grey Parrot Projekt

Gemeinsam mit dem Team von Grey Parrot und durch die Unterstützung des WK-Fachverbandes realisierte die Müllex-Umwelt-Säuberung GmbH ein Projekt zur Detektion von Batterien in Abfallaufbereitungsanlagen. Dabei wird eine künstliche Intelligenz angelernt, Batterien inmitten eines gemischten Abfallstroms optisch zu erkennen. So kann weiteres Verwertungspotenzial entdeckt, die Recyclingquote erhöht und die Brandgefahr eingedämmt werden.



v.l.n.r. Niki Müller-Mezin (Müllex), WK-GF Petra Wieser, Harald Höpperger
Foto: ASK

Frauenpower

Mit Anna Hettegger ist seit 2023 als erste Frau im Vorstand des V.EFB vertreten.



Anna Hettegger

Foto: ASK

V.EFB: Neues Risiko-Selbstbewertungs-Tool für zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe: Effiziente Brandrisiko-Einschätzung

Die EFB-Zertifizierung ist der anerkannte Branchenstandard für Betriebe der Entsorgungsbranche. Die Garantie von Sicherheit und Nachhaltigkeit stehen im Fokus der jährlichen Überprüfungen. Die Audits erfolgen durch EMAS-Gutachter, dabei liegt der Fokus auf Rechtskonformität, Zuverlässigkeit der Verantwortlichen und Plausibilitätsprüfung von Abfallbilanzen. Qualitätsmanagementsysteme (ISO 9001) und Umweltmanagementsysteme (ISO 14001) sind größtenteils abgedeckt und werden durch den EFB fachspezifisch ergänzt.

Die EFB-Umsetzung wird durch eine praxisorientierte Prüfliste erleichtert, Verwaltungsvereinfachungen und ein branchenspezifischer Versicherungsschutz unterstützen zertifizierte Betriebe. Regelmäßige Schulungen fördern die Branchenentwicklung und das Regelwerk des V.EFBs wird alle 2-3 Jahre aktualisiert.

In den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl der Brände verzehnfacht, hauptsächlich bedingt durch Lithiumbatterien. Daher wurde ein innovatives Risiko-Selbstbewertungs-Tool zur präzisen Brandrisiko-Einschätzung, basierend auf bewährten Leitlinien entwickelt. Das Tool ermöglicht eine einfache, zeitsparende Umsetzung und steht allen zertifizierten EFB's gratis zur Verfügung!

Für weitere Informationen und zur Anmeldung wenden Sie sich bitte an:
office@vefb.at.



Weitere Informationen auf der des V.EFB Website unter:
www.vefb.at



Obmann Dr. Peter Hodecek und GF Dipl.-Ing. (FH) Wolfgang Büchler Foto: V.EFB

Retour an: WKO, Fachverband Entsorgungs- Ressourcenmanagement, 1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63

Medieninhaber, Herausgeber und Chefredaktion:
Fachverband Entsorgung- und Ressourcenmanagement, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Zimmer B366, Tel.: 05 90 900 - 5524 • Offenlegung: <https://www.wko.at/oe/information-consulting/entsorgungs-ressourcenmanagement/offenlegung> • Textierung und Umsetzung: Mag. Alexander Schatz • Grafik: Buerostark e.U. • Druck: Schmidbauer GmbH, 7400 Oberwart, Wiener Straße 103 • Redaktionsschluss: März 2024